

A stylized map of Europe composed of a grid of dots in various shades of gray, with several dots highlighted in red. The dots are arranged to form the outline of the European continent.

# Sozialdemokratie und Gewerkschaften in Mittel- und Osteuropa

## Schwache Verbindungen und versteckte Gemeinsamkeiten

**WOLFGANG SCHROEDER/VIKTORIA KALASS**

Mai 2010

- Westeuropäische Wohlfahrtsstaatstheorien lassen sich nur unzureichend auf den wohlfahrtsstaatlichen Typus in Mittel- und Osteuropa übertragen. Gemeinsam ist aber allen der Einfluss von Gewerkschaften und Sozialdemokratie auf den Aufbau und die Entwicklung wohlfahrtsstaatlicher Sicherungsmodelle.
- Die MOE-Staaten sind gekennzeichnet durch gewerkschaftliche Schwäche und Parteien, die als lose strukturierte Wahlvereine mit vage formulierten, flexiblen Programmen ohne zivilgesellschaftliche Basis verstanden werden können. Oftmals schließen sich die Parteien zu Koalitionen zusammen, deren primäres Ziel in der Übernahme politischer Macht besteht.
- Die alte unabdingbare Vernetzung von Partei und Gewerkschaft, die ein Stück kommunistische Normalität abbildete, besteht nicht mehr. Sie ist schwach ausgeprägt und von informellem Charakter.
- Weder Gewerkschaften noch sozialdemokratische Parteien in MOE scheinen in der Lage, den Aufbau sozialer Sicherungsmodelle entscheidend mitzugestalten. Seitens der Parteien fehlt es an Bereitschaft, sich auf eindeutige politische Positionen festzulegen und seitens der Gewerkschaften an Ressourcen, um auf zentraler Ebene strategische Ziele zu definieren und zu verfolgen. Eine Bündelung der Kräfte im Sinne eines gemeinsamen Vorgehens findet mangels gegenseitigem Vertrauen nicht statt.





## Inhalt

<b>Einleitung</b> .....	<b>3</b>
<b>Gewerkschaften in MOE: Schwächung durch Mitgliederschwund und Fragmentierung</b> .....	<b>3</b>
<b>Parteiensysteme und Sozialdemokratie in MOE</b> .....	<b>9</b>
<b>Sozialdemokratische Parteien in MOE</b> .....	<b>10</b>
<b>Gewerkschaften und Sozialdemokraten in MOE: Zwischen Ignoranz und schwachen Verbindungen</b> .....	<b>13</b>
<b>Fazit</b> .....	<b>16</b>
<b>Literatur</b> .....	<b>18</b>



## Einleitung

Nach wie vor herrscht Uneinigkeit darüber, welcher wohlfahrtsstaatliche Typus sich in Mittel- und Osteuropa herausgebildet hat. Einigkeit besteht indes in der Feststellung, dass westeuropäische Typologien nicht eins zu eins auf Osteuropa ausgeweitet werden können. Einige schlagen daher den Terminus »osteuropäischer Typus« vor, um die östlichen Wohlfahrtssysteme zu beschreiben. Fraglich scheint dabei jedoch, welche spezifischen Merkmale unter der Bezeichnung osteuropäischer Wohlfahrtsstaat subsumiert werden und ob nicht zwischen den wohlfahrtsstaatlichen Regimen in MOE zu viel Variabilität besteht, um diese zu einem einzigen Modell zusammenzufassen.

Gemeinhin besteht indes Einigkeit in der Feststellung, dass es in historischer Perspektive vor allem Gewerkschaften und Sozialdemokraten waren, die Aufbau und Entwicklung wohlfahrtsstaatlicher Sicherungsmodelle entscheidend vorangebracht haben. Vor diesem Hintergrund werden im vorliegenden Paper die Beziehungsmuster zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien in MOE reflektiert: Worin bestehen die strukturellen Bedingungen und politischen Möglichkeiten des Zusammenspiels zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften in MOE? Wie ist es um die Nähe zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien in Osteuropa bestellt? Gibt es Verbindungen zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien in MOE und wie institutionalisiert sind diese?

Zur Beantwortung dieser Fragen wurden im Rahmen einer Feldstudie die Akteure in den einzelnen Ländern selbst nach ihren Erfahrungen und Eindrücken befragt.<sup>1</sup> Vor der Präsentation und Interpretation der Untersuchungsergebnisse werden jedoch zunächst die Akteure selbst genauer vorgestellt. Dazu wird auf landesspezifische Traditionsbezüge, Stärken und Schwächen von Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien in MOE hingewiesen. Darüberhinaus werden Spezifika osteuropäischer Parteiensysteme und Gewerkschaftsmodelle aufgezeigt und erläutert, da ohne die Berücksichtigung osteuropäischer Besonderheiten ein Verständnis für die Akteure und ihre Handlungen kaum möglich scheint. Ab-

schließend werden die Ergebnisse der fragebogengestützten Feldstudie zu den Interaktionsgefügen von Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien in MOE vorgestellt.

## Gewerkschaften in MOE: Schwächung durch Mitgliederschwund und Fragmentierung

Vor 1990 waren die Gewerkschaften der Staaten Osteuropas fester Bestandteil des kommunistischen Herrschaftssystems. Mit Beginn der Transformation gerieten die Verbände, die vor 1990 als Trägerorganisationen des Staates dienten, unter doppelten Modernisierungsdruck (Kohl 2008). Zum einen musste die Rolle als Vertreter von Arbeitnehmerinteressen erst neu definiert und die Wahrnehmung der Interessen im Rahmen des sozialen Dialogs umgesetzt werden. Zum anderen mussten die Gewerkschaften gegenüber ihren Mitgliedern die Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Umbaus vermitteln, der für die Masse der Arbeitnehmer mit erheblichen sozialen Einbußen in Bezug auf Löhne und Beschäftigungssicherheit verbunden war. Spätestens ab Mitte der 90er Jahre galt es zudem, EU Normen zu übernehmen und den eigenen Verband in internationale Strukturen zu integrieren (Kohl 2008).

Zu Beginn der Transformationsphase verfügten die schon vor 1990 existierenden, reformierten Gewerkschaften gegenüber denjenigen Verbänden, die im Kontext des Transformationsprozesses erst neu entstanden, über einen strukturellen Vorsprung. Denn sie konnten an Organisationsgrundlagen anknüpfen und auf bestehende Ressourcen zurückgreifen. Die neuen Gewerkschaften waren in der Regel klein und verfügten weder über Startkapital noch über organisatorische Ressourcen. Indes profitierten die neuen Verbände zunächst und vordergründig davon, dass sie nicht als Träger und Hilfesteller des kommunistischen Regimes angesehen wurden. Außer in Lettland bildeten sich in MOE multipolare Gewerkschaftssysteme heraus.<sup>2</sup> In einigen Ländern wie in Slowenien oder der Slowakei etablierte sich ein dominanter Gewerkschaftsverband.<sup>3</sup> In anderen Ländern hingegen

1. Der Dank der Autoren gilt an dieser Stelle den Mitarbeitern der FES Regionalbüros für ihre tatkräftige Unterstützung und ihr unermüdetes Engagement bei der Übermittlung, teilweise der Übersetzung und der abschließenden Einforderung der Fragebögen.

2. In Lettland ist bis heute nur ein Gewerkschaftsverband (LBAS) als national repräsentative Organisation anerkannt. Vgl. European Industrial Relations Observatory (EIRO) (2007): Latvia. Industrial relations profile, unter: <http://www.eurofound.europa.eu/eiro/country/Latvia.htm> (Abgerufen am: 09.07.2008).

3. In Slowenien organisiert der ZSSS weit mehr als die Hälfte aller Gewerkschaftsmitglieder. Vgl. EIRO (2007): Slovenia. Industrial relations pro-

bildeten sich gewerkschaftliche Konkurrenzkonstellationen. Anfangs unterschieden sich die konkurrierenden Verbände bezüglich ihrer jeweiligen politisch ideologischen Ausrichtung, teilweise aber auch in Bezug auf ihre Mitgliederstruktur. So entstanden regionale Verbände wie in Slowenien ebenso wie unternehmens- und berufsspezifische Gewerkschaften. In Polen entstand mit NSZZ »Solidarnosc« eine im rechten politischen Lager angesiedelte Gewerkschaft, während die ebenfalls polnische Gewerkschaft OPZZ zum Lager der Linken gezählt wird (Rode 2008b: 5). Neben der polnischen NSZZ »S« entstanden auch in Tschechien, Ungarn, Bulgarien und der Slowakei christdemokratische Gewerkschaften. Unter diesen errang jedoch lediglich der polnische Verband eine nachhaltige, landesweite Bedeutung. In Estland dagegen sind blue und white collar workers in je eigenen Verbänden organisiert.<sup>4</sup> Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Gewerkschaftslandschaften Osteuropas keinesfalls einheitlich sind, sondern sich im Gegenteil als ausgesprochen mannigfaltig und vielschichtig zeigen.

Der cleavage *alt-neu*, der zwischen reformierten und nach 1990 neu gebildeten Verbänden unterscheidet, prägt die Gewerkschaftsmodelle der MOE Staaten bis heute. Dennoch verliert dieser Gegensatz an Bedeutung, so dass sich zwischen den ehemals verfeindeten Lagern neue Formen von Zusammenarbeit und Koalitionsbildung herausbilden konnten. So zeigen sich in einigen Ländern erste Ansätze intergewerkschaftlicher Kooperationen. In Litauen bspw. haben die drei gewerkschaftlichen Dachverbände (LFD, LPSK, Solidarumas) im Frühjahr 2006 ein entsprechendes Abkommen unterzeichnet und stimmen sich seither in zentralen Fragen ab.<sup>5</sup> Auch die polnischen Metallgewerkschaften, die unter den Dächern von NSZZ »S«, OPZZ und FZZ organisiert sind, koordinieren ihre Aktivitäten in nationalen vor allem aber auch in internationalen Bezügen wie auf Ebene der EU.

Die Basis gewerkschaftlicher Organisierung besteht in Osteuropa wie schon in der Zeit vor 1990 auf betrieb-

licher Ebene, während die gewerkschaftlichen Strukturen auf sektoraler Ebene schwach ausgeprägt sind. Die nachrangige Bedeutung der Branche als strukturierendes Moment der Arbeitsbeziehungen ist nicht zuletzt dem Mangel an sektoralen Tarifverträgen geschuldet. Stattdessen überwiegen Verträge auf Unternehmensebene (Kohl 2008). Trotz der hohen Bedeutung des Betriebs für gewerkschaftliche Organisationskultur einerseits und tarifvertragliche Regelsezung fehlt es an effektiven Arbeitnehmervertretungen auf der betrieblichen Ebene. Betriebsrätemodelle, die wie in Deutschland komplementär zur gewerkschaftlichen Vertrauensleutestruktur im Unternehmen existieren, stießen in den MOE Staaten anfangs mehrheitlich auf Misstrauen, in Einzelfällen gar auf konsequente Ablehnung seitens der Gewerkschaften – z. B. in Polen – während die Arbeitgeber entsprechenden Regierungsplänen teilweise Rückendeckung gaben (Kohl 2008). Obwohl dank entsprechender EU Gesetzgebung mittlerweile die Bildung von Betriebsräten flächendeckend möglich ist, wurden in den meisten Unternehmen bislang keine Betriebsräte eingerichtet (Kohl 2008).<sup>6</sup> Eine duale Vertretungsstruktur entsprechend dem deutschen Modell besteht faktisch in Ungarn, Slowenien, Lettland, Estland, Bulgarien und Polen. Allerdings finden sich in den baltischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen) im Betrieb in der Regel ausschließlich gewerkschaftliche Vertreter (Kohl 2008). In Polen sind überdies mehrere Fälle aktiver Behinderung betriebsrätlicher Arbeit durch den Arbeitgeber dokumentiert.<sup>7</sup> In anderen Staaten hat sich ein Entweder-Oder-Modell herausgebildet. So können in Tschechien, Litauen und Rumänien (seit 2007) Betriebsräte gegründet werden, wenn im Unternehmen keine Gewerkschaftsvertretung existiert (Kohl 2008).

Nach der betrieblichen Ebene kommt dem Zentralverband die meiste Bedeutung zu, was der Einbindung der Sozialpartner in Tripartistische Aushandlungsgremien ge-

file, unter: <http://www.eurofound.europa.eu/eiro/country/Slovenia.htm> (Abgerufen am: 10.07.2008). In der Slowakei gehören über 90 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder dem KOZ SR an. – Vgl. EIRO (2007): Slovakia. Industrial relations profile, unter: <http://www.eurofound.europa.eu/eiro/country/Slovakia.htm> (Abgerufen am: 10.07.2008).

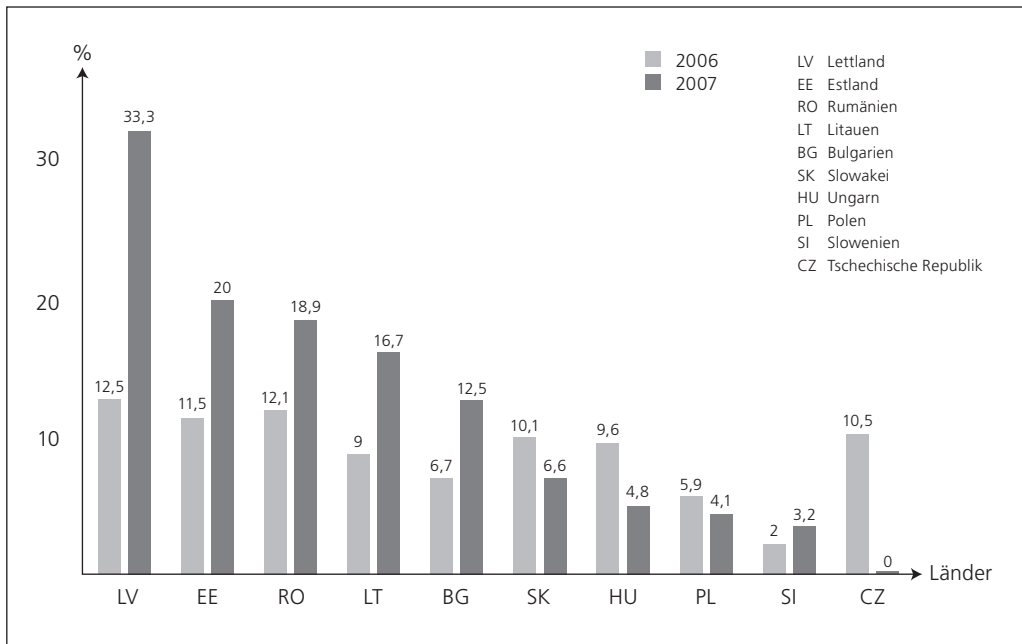
4. EIRO (2007): Estonia. Industrial relations profile, unter: <http://www.eurofound.europa.eu/eiro/country/Estonia.htm> (Abgerufen am: 09.07.2008).

5. Die Kooperation wird von einem Koordinationszentrum, dessen Vorsitz in halbjährlichem Turnus wechselt, gesteuert. Langfristig ist eine Fusion der Verbände vorgesehen.

6. So in Lettland und Estland (Kohl 2008). Auch in Polen, wo seit Mai 2006 Betriebsräte und betriebliche Gewerkschaftsvertreter zulässig sind, waren im März 2007 von 8500 möglichen 1900 Betriebsräten gebildet worden. – Vgl. FES Warschau (2007): Internationale Konferenz: Beiträge der Sozialpartner zu guter Arbeit/Decent work in Polen und Europa. Ein Jahr Erfahrung mit dem Gesetz zu Information und Konsultation, unter: [http://www.feswar.org.pl/pdf\\_doc/Decent%20Work%20Bericht.pdf](http://www.feswar.org.pl/pdf_doc/Decent%20Work%20Bericht.pdf) (Abgerufen am: 11.11.2009).

7. FES Warschau (2007): Internationale Konferenz: Beiträge der Sozialpartner zu guter Arbeit/Decent work in Polen und Europa. Ein Jahr Erfahrung mit dem Gesetz zu Information und Konsultation, unter: [http://www.feswar.org.pl/pdf\\_doc/Decent%20Work%20Bericht.pdf](http://www.feswar.org.pl/pdf_doc/Decent%20Work%20Bericht.pdf) (Abgerufen am: 11.11.2009). Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) (2006): Poland. Annual Survey of Violations of Trade Union Rights, unter: <http://www.icftu.org/displaydocument.asp?Index=991223856&Language=EN> (Abgerufen am: 11.11.2009).

Diagramm: Mindestlöhne 2006/2007 (Veränderungen in %)



Quelle: Eigene Darstellung.<sup>8</sup>

schuldet ist. Der Staat nutzt Foren, die in allen MOE Staaten eingerichtet wurden, um Reformen durchzusetzen und gleichzeitig ein möglichst hohes Maß an sozialem Frieden zu erhalten (Deppe/Tartur 2002: 25). Allerdings entspricht der osteuropäische Tripartismus nicht den korporatistischen Strukturen, die aus Westeuropa bekannt sind. Vielmehr handelt es sich bei den Gremien vielfach um Fassadeninstitutionen. Denn die verbandlichen Akteure sind zu schwach, um mit dem Staat auf Augenhöhe zu kommunizieren (Vgl. Deppe/Tartur 2002: 175). Während im Rahmen des sozialen Dialogs Mindeststandards – z. B. in Bezug auf die Lohnhöhe – vereinbart werden, behindern die Gremien andererseits einen Ausbau bilateraler, bestenfalls gar sozialpartnerschaftlicher Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Zu den zentralen Aufgaben der Wirtschafts- und Sozialpolitischen Kommissionen zählt heute die Festlegung von Mindestlöhnen (Kohl 2008).

Die Mindestlohnentwicklung verläuft positiv. Im Durchschnitt stieg der Mindestlohn in den MOE Staaten 2006

um 8,99 Prozent und 2007 um 12 Prozent.<sup>9</sup> Den Spitzenreiter bildet Lettland mit einer Anhebung des Mindestlohns von 33,3 Prozent (2007). Die Höhe des Mindestlohns ist je nach Land sehr unterschiedlich. Allerdings besitzt das Instrument des Mindestlohns weder existenzsichernde noch armutsverhindernde Funktionen. Durchschnittlich beträgt der monatliche Mindestlohn innerhalb der EU etwa 50 Prozent des nationalen Durchschnittseinkommens. In den MOE Staaten liegt der Wert jedoch weit unterhalb dieser Schwelle und rangiert zwischen 30–46 Prozent des jeweiligen Durchschnittslohns (Kohl/Rode 2008: 29).

In die Verhandlungen der Tripartistischen Kommissionen sind diejenigen Gewerkschaften einbezogen, die als national repräsentative Verbände durch den Staat anerkannt sind.

8. Eurofound (2008): Pay developments – 2007, unter: <http://www.eurofound.europa.eu/eiro/studies/tn0804019s/tn0804019s.htm> (Abgerufen am: 11.11.2009).

9. Im Vergleich dazu bezifferte sich der Anstieg in den EU 27 Staaten und Norwegen im gleichen Zeitraum auf 7,2 Prozent. – Vgl. European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (Eurofound) (2008): Pay developments – 2007, unter: <http://www.eurofound.europa.eu/eiro/studies/tn0804019s/tn0804019s.htm> (Abgerufen am: 11.11.2009).

Übersicht: National repräsentative Dachverbände der Gewerkschaften in MOE

Land	Gewerkschaftsverbände		
	Name und Gründungsjahr (Rot = Reformierter Verband)	Mitglieder	Org.grad (insgesamt)
Estland	EAKL (Confederation of Estonian Trade Unions; 1990)	38.068	11 %
	TALO (Employees Unions' Confederation; 1992)	30.000	
Lettland	LBAS (Free Trade Union Confederation; 1990)	135.000	16 %
Litauen	LPSK (Lithuanian Trade Unions Confederation; 1990, 1992 Fusion mit LPSS)	75.000	12 %
	LDF (Lithuanian Labour Federation; 1991)	20.000	
	Solidarumas (Lithuanian Trade Union »Solidarumas«; 1989)	8.000	
Polen	OPZZ (All Poland Alliance of Trade Unions; 1984)	800.000	14 %
	NSZZ Solidarnosc (Trade Union Confederation NSZZ Solidarnosc; 1980, Verbot 1981–1989)	722.000	
	FZZ (Trade Unions Forum; 2002)	500.000	
Bulgarien	CITUB (Confederation of Independent Trade Unions in Bulgaria; 1990)	150.000	20 %
	Podkrepa (Confederation of Labour »Podkrepa«; 1989)	103.750	
Rumänien <sup>10</sup>	Cartel Alfa (National Confederation Cartel Alfa; 1990)	1.000.000	35 %
	CNSLR Fratia (National Confederation of Free Trade Unions »Fratia«; 1993, Rechtsnachfolger der Staatsgew.)	800.000	
	CSDR (Confederation of Democratic Trade Unions in Romania; 1994)	600.000	
	Meridian (National Trade Union Confederation Meridian; 1994)	313.000	
	BNS (National Trade Union Block; 1991)	210.000	
Tschechien	CMKOS (Czech-Moravian Confederation of Trade Unions; 1990)	500.000	20 %
	ASO (Association of Autonomous Trade Unions; 1995)	210.000	
Slowakei	KOZ SR (Confederation of Trade Unions of the Slovak Republic; 1990)	394.732	22 %
Slowenien	ZSSS (Association of Free Trade Unions of Slovenia; 1990)	270.000	44 %
	KSJS (Confederation of Public Sector Trade Unions; 2006)	81.000	
	PERGAM (Confederation of Trade Unions of Slovenia Pergam; 1991)	Keine Auskunft <sup>11</sup>	
	K'90 (Confederation of Trade Unions »90 of Slovenia; 1991)	Keine Auskunft	
	KNSS (Confederation of New Trade Unions of Slovenia; 1991)	Keine Auskunft	
	Alternativa (Alternative; 1999)	8.199	
	Solidarnost (Solidarity; 2001)	2.500	
Ungarn	SZEF (Trade Union Cooperation Forum; 1990)	256.130	18 %
	MSZOSZ (National Confederation of Hungarian Trade Unions; 1990)	253.000	
	ASZSZ (National Federation of Autonomous Trade Unions; 1990)	160.000	
	LIGA (Democratic League of Independent Trade Unions; 1988)	100.644	
	MOSZ (National Federation of Workers' Councils; 1988)	58.600	
	ESZT (Confederation of Trade Unions of Professionals; 1989)	50.000	

Quelle: EIRO<sup>12</sup>, Kohl (2008), Kohl/Rode (2008: 10), Eigene Erhebungen.<sup>13</sup>

10. Im Falle Rumäniens scheint die Mitgliederstatistik der Verbände unrealistisch. Nach Auskunft des zuständigen FES Büros addierten sich die Angaben der Verbände zu einem Gesamtorganisationsgrad von 70 Prozent. ILO indes geht von einem Organisationsgrad von gerade einmal 30 Prozent aus (Vgl. Wannöffel/Kramer 2007: 27).

11. Leider war es in diesen Fällen trotz wiederholter Nachfrage nicht möglich, Angaben zu den Mitgliederzahlen zu ermitteln. Auch gegenüber den Mitarbeitern des zuständigen FES Regionalbüros wurde die Auskunft verweigert.

12. Industrial relations country profiles, unter: [http://www.eurofound.europa.eu/eiro/country\\_index.htm](http://www.eurofound.europa.eu/eiro/country_index.htm).

13. Vgl. auch: Eurofound (2008): Industrial relations developments in Europe 2007, unter: <http://www.eurofound.europa.eu/eiro/studies/tn0803029s/tn0803029s.htm> (Abgerufen am: 11.11.2009).



Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist flächendeckend rückläufig. In Estland bspw. wurde der Organisationsgrad innerhalb von fünf Jahren nahezu halbiert. 2001 lag der Wert noch bei 14 Prozent, 2006 hingegen lediglich bei 8,4 Prozent.<sup>14</sup> Im Durchschnitt erreichen die MOE Staaten einen Organisationsgrad von 21 Prozent, der nur vier Prozentpunkte unter dem Wert der EU 15 Staaten liegt (Vgl. Kohl 2008).<sup>15</sup> Allein die slowenischen Verbände verzeichnen eine Gewerkschaftsdichte von über 40 Prozent. Derweil rangiert der Organisationsgrad in Ungarn, Polen, Tschechien, Bulgarien und den baltischen Staaten unterhalb der 20 Prozent-Marke (Kohl 2008). Der mit Beginn der Transformation einsetzende Mitgliederverlust der Gewerkschaften wurde häufig mit dem Ende der obligatorischen Mitgliedschaft und der Einführung des Freiwilligkeitsprinzips erklärt.<sup>16</sup> Da der rückläufige Trend jedoch über die erste Transformationsphase hinaus anhält, reicht diese Erklärung nicht aus, um die Schwäche der Gewerkschaften in MOE zu deuten.<sup>17</sup> Vielmehr lassen sich acht Zusammenhänge aufzeigen, um die gewerkschaftliche Schwäche in den MOE Staaten zu erklären:

■ **Überforderung durch doppelten Transformationsdruck:** Nach 1990 waren die Gewerkschaften aktiv in die Überführung des plan- in ein marktwirtschaftliches System eingebunden. Zugleich mussten die Verbände ihre Rolle als Interessenvertreter der Arbeitnehmerschaft erst definieren. Während ihre Mitglieder auf eine Konservierung arbeitsmarktspezifischer Schutzmechanismen hofften, löste der systemische Umbau, den die Gewerkschaften unterstützten, einen wirtschaftlichen Einbruch aus, der für viele Arbeitnehmer mit drastischen sozialen Einschnitten verbunden war. Es gelang den Gewerkschaften nicht, die entstehenden Spannungen zwischen Mitglieder- und Einflusslogik auszubalancieren. Vielmehr schlingerten die Verbände in eine unheilvolle Dialektik zwischen ökonomischer Modernisierung und organisatorischer Marginalisierung.

■ **Gesellschaftliche Individualisierung:** Im Zuge gesellschaftlicher Individualisierungstendenzen schwindet die Bindungskraft der Verbände. Dieser Trend spiegelt ein länderübergreifend nachlassendes Vertrauen in Kollektivorganisationen. Viele Arbeitnehmer in MOE stehen heute in mehreren Beschäftigungsverhältnissen. Ihr Lebensführungsmodell entspricht nicht dem gewerkschaftlichen Bild des Vollzeitarbeitnehmers. Statt auf Unterstützung seitens der Gewerkschaften zu hoffen, dominiert die Überzeugung, sich selbst am besten helfen zu können. Es gewinnen individualisierte Lebensführungsmodelle an Bedeutung, die im Widerspruch zu einer auf Solidarität ausgerichteten Mobilisierungsstrategie der Gewerkschaften stehen. Besonders deutlich offenbart sich die gewerkschaftliche Rekrutierungsschwäche mit Blick auf die jüngere Generation.

■ **Privatisierung und wirtschaftlicher Strukturwandel:** Mit Beginn der Transformation wurde die Privatisierung eingeleitet. In staatseigenen und staatsnahen Unternehmen, Einrichtungen des öffentlichen Dienstes ebenso wie in großindustriellen Betrieben, sind die Gewerkschaften in der Regel weiterhin stark vertreten (Kohl 2008). Dagegen haben sich im Bereich der häufig klein- und mittelständischen Privatindustrie gewerkschaftsfreie Zonen entwickelt. Heute liegt der Anteil der privaten Wirtschaft in den MOE Staaten durchschnittlich bei 75 Prozent. Dabei weisen die einzelnen Ländern jedoch divergierende Werte auf: In Slowenien betrug der Anteil der Privat- an der Gesamtwirtschaft 2006 65 Prozent, während sich in Ungarn, Tschechien, der Slowakei und Estland bereits 80 Prozent der Wirtschaft in Privatbesitz befanden.<sup>18</sup>

■ **Zunehmende Bedeutung des Dienstleistungssektors:** Mit dem Strukturwandel ging eine Verschiebung vom Industrie- zum Dienstleistungssektor einher. In der EU 27 beläuft sich der Anteil der Servicewirtschaft auf 68,6 Prozent; der Anteil des industriellen Sektors liegt dagegen bei 25 Prozent.<sup>19</sup> In den MOE Staaten erreicht der Servicebereich einen Anteil von 58,6 Prozent, der industrielle Sektor macht 29,1 Prozent der Gesamtwirt-

14. Eurofound (2008): Industrial relations developments in Europe 2007, unter: <http://www.eurofound.europa.eu/eiro/studies/tn0803029s/tn0803029s.htm> (Abgerufen am: 11.11.2009).

15. Viele nationale Angaben beruhen auf Schätzungen.

16. Vgl. dazu den von der ILO (International Labour Organization) 1997 veröffentlichten World Labour Report.

17. Für eine genaue Auflistung der Mitgliederzahlen der einzelnen Verbände siehe Anhang. – Bei der Betrachtung der Zahlen ist jedoch zu bedenken, dass die Angaben auf Selbstauskünften der Gewerkschaften beruhen.

18. European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) (2007): Transition Report 2006. Finance in Transition, unter: <http://transitionreport.co.uk/TRO/b/transition-report/volume2006/issue1> (Abgerufen am: 11.11.2009).

19. European Commission (2008): Employment in Europe, unter: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=89&langId=en&newsId=542&furtherNews=yes> (Abgerufen am 11.11.2009).

schaft aus.<sup>20</sup> Wie in Westeuropa sind die Gewerkschaften auch in Osteuropa in Dienstleistungsbetrieben unterrepräsentiert.

■ **Fehlende Präsenz in klein- und mittelständischen Betrieben:** Ein wesentliches Kennzeichen des ökonomischen Strukturwandels ist die Ausbreitung klein- und mittelständischer Betriebe und die abnehmende Bedeutung großer, ehemals von staatlicher Hand geführter Unternehmenseinheiten (Kohl 2008). Neue Arbeitsplätze entstehen meist in KMU Betrieben (Hantke 2007: 11). Hier mangelt es in der Regel jedoch an Arbeitnehmerinteressenvertretungen. In Polen bspw. existieren in 97 Prozent aller Betriebe keine Gewerkschaften (Rode 2008b: 2). Nicht selten werden in den Unternehmen EU-rechtliche Mindeststandards unterlaufen, so dass »Schönwetter-Patriarchate« (Hantke 2007: 12) entstehen, in denen der Arbeitgeber entscheidet, ob die Beschäftigten an der Gestaltung der Arbeitsbeziehungen beteiligt werden oder nicht.

■ **Fehlende Kooperationsbereitschaft der Arbeitgeber:** Insgesamt zeigen die Arbeitgeber wenig Interesse an Verhandlungen und bindenden Vereinbarungen mit den Arbeitnehmervertretungen. In einigen Fällen berichten Arbeitnehmer, dass Arbeitgeber offensiv versuchen, Gründungen von Betriebsgewerkschaften oder Betriebsräten zu kolportieren.<sup>21</sup> Auch der Jahresbericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der Verletzungen von Gewerkschaftsrechten dokumentiert, listet in seinem Jahresbericht 2007 eine breite Palette von Beispielen für Be- bzw. Verhinderung gewerkschaftlicher Arbeit in Osteuropa auf.<sup>22</sup>

■ **Fragmentierung und Konkurrenz:** Die Pluralisierung der Akteurslandschaft trägt einen entscheidenden Teil zur Schwäche der Gewerkschaften bei. Durch die zwischenverbandliche Konkurrenz und mitunter extreme Fragmentierung gelingt es den Gewerkschaften nur

schwer, ihre Interessen durchzusetzen. Dies gilt für alle Vertretungsebenen. In den einzelnen Unternehmen existiert nicht selten eine bunt gefächerte Verbandslandschaft. Bei der polnischen Post etwa werden die Interessen von insgesamt 100.000 Beschäftigten von 47 Betriebsgewerkschaften vertreten (Rode 2008b: 2). Da die Pluralität häufig ideologischen Differenzen und/oder personenbezogene Animositäten geschuldet ist, gestaltet sich die zwischenverbandliche Einigung schwierig, wenn nicht unmöglich. Auch in der Tripartistischen Kommission ist die Einheit der Arbeitnehmerseite, die Basis für eine effiziente Interessenpolitik wäre, keine Selbstverständlichkeit und je nach Land höchst unwahrscheinlich.

■ **Verbetrieblung und Ressourcenschwäche der Gewerkschaften:** Dem anhaltenden Mitgliederverlust folgen materielle Engpässe, die sich insbesondere auf sektoraler und nationaler Ebene bemerkbar machen. Bedingt durch die Bindung der Gewerkschaftsmitgliedschaft an die Beschäftigung in einem bestimmten Unternehmen – wie in MOE üblich (Vgl. Kohl/Rode 2008: 12 f.) – erfolgt die Beitragseinziehung durch die betriebliche Gewerkschaftsorganisation. Bis zu 60–80 Prozent – in Extremfällen gar 90 Prozent – des Beitragsvolumens verbleiben auf der betrieblichen Ebene (Kohl/Rode 2008: 16). Diese Praxis führt zu einer chronischen materiellen und infolgedessen auch fachlich-personellen Unterversorgung der überbetrieblichen Ebenen, während in den Betrieben teilweise Gelder gehortet werden (Vgl. auch Kohl 2008). In einigen Fällen wird dieses Plus auf indirekten und mitunter skurrilen Kanälen an die Beitragszahler zurückgegeben; z. B. in Form von Geschenken oder gewerkschaftlich organisierten Betriebsfeiern (Krzywdzinski 2009: 33). Gewerkschaftliches Handeln konzentriert sich auf die betriebliche Ebene. Die Betriebsorganisationen, die als »Betriebsstätten-Sozialvereine« (Rode 2008 a, b) verstanden werden können, sind kaum vernetzt, Abstimmungen untereinander finden nicht statt (Krzywdzinski 2009: 33). Stattdessen überwiegen personen- und situationsabhängige Taktiken. Langfristige und strategische Planung stößt in der Regel auf Skepsis bis Ablehnung. Soziale Errungenschaften werden unhinterfragt verteidigt; Modernisierungsansätze hingegen treffen auf wenig Zustimmung (Rode 2008a).

In den letzten Jahren schien sich jedoch ein Gegenteil bemerkbar zu machen, der auf ein erstarkendes Selbstbewusstsein und neu gewonnene Stärke der Verbände hoffen ließ. Nach jahrelang geringen Streikraten, nahm

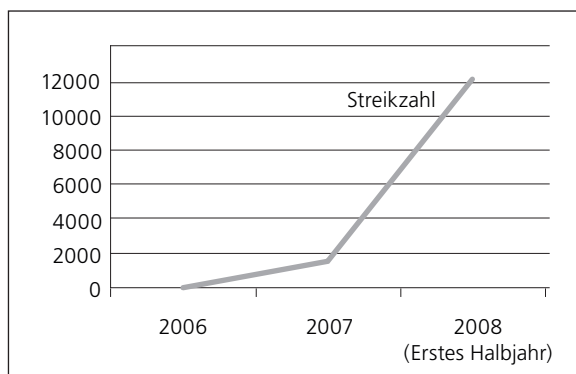
20. Angaben ohne Rumänien. –Vgl. European Commission (2008): Employment in Europe, unter: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=89&langId=en&newsId=542&furtherNews=yes> (Abgerufen am 11.11.2009).

21. FES Warschau (2007): Internationale Konferenz: Beiträge der Sozialpartner zu guter Arbeit/Decent work in Polen und Europa. Ein Jahr Erfahrung mit dem Gesetz zu Information und Konsultation, unter: [http://www.feswar.org.pl/pdf\\_doc/Decent%20Work%20Bericht.pdf](http://www.feswar.org.pl/pdf_doc/Decent%20Work%20Bericht.pdf) (Abgerufen am: 11.11.2009).

22. Internationaler Gewerkschaftsbund (IBG) (Hrsg.) (2007): Jährliche Übersicht über die Verletzung von Gewerkschaftsrechten, unter: <http://survey07.ituc-csi.org> (Abgerufen am: 11.11.2009). – Vgl. auch Kohl/Rode 2008: 15 f.

die Zahl der Arbeitskonflikte in MOE plötzlich rasant zu, während in den meisten westlichen EU Staaten keine Veränderungen verzeichnet wurden.<sup>23</sup> Allerdings münden Arbeitskonflikte in den MOE Staaten in der Regel in Demonstrationen oder Einzelaktionen (*Happenings*). Arbeitsniederlegungen, bei denen die Arbeit komplett eingestellt wird, sind selten. Die Arbeitskonflikte betrafen insbesondere den öffentlichen Sektor und waren als Reaktionen auf Reformen, die auf Kosteneinsparungen und Gehaltskürzungen zielten, zu verstehen. Bezüglich der Streikzahl zeigen sich im MOE Ländervergleich deutliche Unterschiede: Während in Lettland im ersten Halbjahr 2007 nur ein Streik mit vier beteiligten Arbeitnehmern dokumentiert ist, legten in Ungarn 47.500 Arbeitnehmer und damit nach Medienberichten doppelt so viele Beschäftigte wie 2006 die Arbeit nieder. Das polnische Beispiel sticht besonders hervor: 2006 beteiligten sich 24.600 Arbeitnehmer an 27 Streiks. Zwei Jahre später fanden von Januar bis Juni 2008 11.987 Streiks statt. 196.700 Beschäftigte legten für durchschnittlich sieben Stunden die Arbeit nieder.<sup>24</sup>

Diagramm: Streikentwicklung in Polen



Quelle: Eigene Darstellung.

Indes muss der Anstieg des gewerkschaftlichen Konfliktniveaus nicht unbedingt auf ein Erstarken der Verbände zurückzuführen sein. In Polen wird die zunehmende Streikhäufigkeit mit wirtschaftlicher Konjunktur, Arbeitsmigration und dem zunehmenden Mangel an Facharbeitern erklärt (Rode 2008b). Vorübergehend konnten die

Gewerkschaften einen Zugewinn an Stärke verzeichnen. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise dürfte sich die Konjunkturstimmung als wesentliche Grundlage aufbrandender Konfliktfreudigkeit jedoch abgeschwächt haben. Es scheint daher nicht unwahrscheinlich, dass bedingt durch wirtschaftliche Rezession auch die Zahl der Arbeitskonflikte in MOE wieder abnehmen wird.

## Parteiensysteme und Sozialdemokratie in MOE

Gemeinsam ist den west- und osteuropäischen Parteiensystemen, dass sie ihre Ursprünge im ausgehenden 19. Jahrhundert haben. Divergent ist hingegen vor allem die Entwicklung von 1945 bis 1990. Mit dem Systemwechsel rückte die Frage nach dem Umgang mit der Vergangenheit in den Vordergrund. In einigen Staaten gewann die Frage der nationalen Selbstständigkeit an Bedeutung (baltische Staaten, Tschechien, Slowakei und Slowenien) (Crook et al. 2002: 15).<sup>25</sup> In allen Staaten jedoch war der cleavage *Postkommunismus – Antikommunismus* bedeutend für die Ausgestaltung des entstehenden Parteienwettbewerbs. Zunächst waren die Parteien in bipolare Lagerstrukturen eingebunden; eine Verständigung über Lagergrenzen hinweg schien unmöglich. Die Lager untergliederten sich nicht selten in viele kleine Splitterparteien, die sich vor Wahlen zu Bündnissen zusammenschlossen und gemeinsame Listen aufstellten (vgl. u. a. de Nève/Olteanu 2009: 148). Bei Wahlen führten die Fragmentierung des politischen Wettbewerbs und immer neue Bündnisbildungen zu hochgradig volatilen Wahlausgängen. Zwar hat der cleavage *Postkommunismus – Antikommunismus* mittlerweile an Bedeutung eingebüßt, dennoch besitzt er nach wie vor Prägnanz. Allerdings basiert die anhaltende Vitalität der Lagerbildung heute weniger auf inhaltlichen Differenzen als vielmehr auf emotional aufgeladenen, historisch motivierten Vorbehalten.

In allen Staaten haben sich Mehrparteiensysteme ausgebildet; in der Regel sind mehrere Parteien an der Regierungsbildung beteiligt.<sup>26</sup> Auffällig ist indes die hohe Zahl an »minimal winning coalitions« in Regierungsverantwortung, vor allem in Polen und Estland: Von 32 »mini-

23. Vgl. Eurofound (2008): Industrial relations developments in Europe 2007, unter: <http://www.eurofound.europa.eu/docs/eiro/tn0803029s/tn0803029s.pdf> (Abgerufen am: 11.11.2009).

24. Auskunft Achim Baatzsch, freier Mitarbeiter der FES Warschau, nach Übersetzung eines Artikels (Puls Biznesu, 9. September 2008).

25. Betroffen hiervon waren die baltischen Staaten, die jugoslawischen Staaten sowie die Staaten der ehemaligen Tschechoslowakei.

26. Von insgesamt 101 Regierungsbildungen in MOE waren 20 Einparteiensregierungen und 81 Koalitionsregierungen (Vgl. Müller-Rommel u. a. 2008: 817).

mal winning coalitions« im Zeitraum zwischen 1990 und 2008 in allen MOE Staaten, wurden allein acht in Polen und sieben in Estland gebildet. Mit der hohen Anzahl von »minimal winning coalitions« korrespondiert ein gewisses Maß an Regierungsinstabilität. So wurden in Polen bis 2008 17 Regierungen gebildet, die jeweils zwischen 24 und 950 Tagen im Amt waren.<sup>27</sup>

Tabelle: Regierungsbildungen in MOE (1990–2008)<sup>28</sup>

Land	Anzahl der Regierungen	Minimale Regierungsdauer (in Tagen)	Maximale Regierungsdauer (in Tagen)
Estland	10	103	1036
Lettland	15	70	917
Litauen	10	83	1261
Bulgarien	7	98	1525
Rumänien	11	9	1462
Polen	17	24	950
Tschechien	8	127	1459
Slowakei	8	66	1448
Slowenien	8	176	1196
Ungarn	7	206	1452

Quelle: Müller-Rommel u. a. 2008: 817.

Die Parteien in MOE können als lose strukturierte Wahlvereine mit vage formulierten, flexiblen Programme ohne zivilgesellschaftliche Basis verstanden werden (Segert 2008: 56). Oftmals schließen sich die Parteien zu Koalitionen zusammen, deren primäres Ziel in der Übernahme politischer Macht besteht. Vorherrschend ist eine Form von »nonideological pragmatism« (Wiatr 2005: 244), der möglichst viele Koalitionsoptionen eröffnet. Hervorstechendes Kennzeichen der osteuropäischen Parteiensysteme ist die fehlende zivilgesellschaftliche Anbindung, die mit einer geringen Mobilisierungsfähigkeit einhergeht. Die Bevölkerung in den MOE Staaten hat wenig Vertrauen in politische Institutionen, vor allem in Parteien (Segert 2008: 50; de Nève/Olteanu 2009: 155). Es mangelt an Bereitschaft zu demokratischer Partizipation, die

27. Da in allen Staaten ein vierjähriger Wahlturnus vereinbart wurde, liegt die optimale Regierungsdauer (Länge einer Amtsperiode) bei 1460 Tagen (Vgl. Müller-Rommel u. a. 2008: 815).

28. Gezählt vom Datum der Bildung der Gründungsregierung (Regierungsbildung nach den ersten freien Wahlen, nach der staatlichen Unabhängigkeit und nach Annahme einer demokratischen Verfassung (Vgl. Müller-Rommel 2008: 811).

sich nicht zuletzt an niedrigen Wahlbeteiligungsquoten, aber auch an geringen Mitgliederzahlen der Parteien ablesen lässt (Segert 2008: 50 ff.).

## Sozialdemokratische Parteien in MOE

Eine Zusammenarbeit der linken Parteien kam oft trotz inhaltlich-programmatischer Gemeinsamkeiten nicht in Frage, wenn eine Partei zum Lager der Postkommunisten, die andere aber zum antikommunistischen Block zählte. Nicht selten verstanden sich mehrere Parteien, die jeweils dem einen oder dem anderen Block zugerechnet wurden, als sozialdemokratische Kräfte. Heute sind in Einzelfällen lagerübergreifende Mittellinkskoalitionen wie etwas das Bündnis Linke und Demokraten in Polen (LiD) oder die Koalition für Bulgarien (KB) möglich.

Die sozialdemokratischen Parteien, die heute in Osteuropa existieren, sind entweder in der Transformationszeit entstanden oder basieren auf den reformierten, ehemals kommunistischen Staatsparteien. Bei der Unterscheidung nach Neugründung oder Reformkommunisten handelt es sich allerdings um Idealtypen, die in der Praxis nicht in Reinform vorkommen. Die osteuropäische Sozialdemokratie basiert auf drei Säulen. Einige der Parteien knüpfen an historische Traditionen aus der Zeit vor 1945 an (Säule I) (Dauderstädt 2002; Gerrits 2002: 57; Crook et al. 2002: 13). Daneben haben linke Teile der Bürgerrechtsbewegungen nach 1990 sozialdemokratische Parteien gegründet (Säule II). Die größte Gruppe unter den sozialdemokratischen Parteien machen jedoch reformkommunistische Kräfte aus (Säule III), die sich nach dem Systemwechsel demokratisiert haben (Dauderstädt 2002).<sup>29</sup>

Inhaltlich stimmen die osteuropäischen Sozialdemokraten darin überein, dass sie sich zu Demokratie, sozialer Marktwirtschaft und einem friedlichen Ausgleich ethnischer und nationaler Interessen bekennen. Mit diesen Gemeinsamkeiten grenzen sie sich gegenüber liberalen, nationalkonservativen und kommunistischen Kräften ab (Dauderstädt 2002). Auffällig ist, dass sich die reformkommunistischen Parteien, die gegenüber anderen politischen

29. Die einzige Ausnahme stellt die tschechische kommunistische Partei dar, da diese sich zwar grundsätzlich zu Pluralismus, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bekannt hat, aber dennoch den Aufbau eines »modernen Sozialismus« als Fernziel anstrebt, was wiederum einen Systemwechsel voraussetzt (Handl 2002).

Übersicht: Sozialdemokratische Parteien in MOE

Land	Parteiorganisation			
	Name und Gründungsdatum <sup>30</sup> (Rot = Reformkommunisten)	Mitglieder	Regierungs-Beteiligung von...bis...	Parteizugehörigkeit Minister- präsidentIn <sup>31</sup>
Estland	SDE (Estonian Social Democratic Party; 1989/90)	3.500	Okt. 1992 – Nov. 1994	EKDL (Christian Democratic Union)
			Nov. 1994 – April 1995	IND (Independent)
			März 1999 – Jan. 2002	EKDL (Christian Democratic Union)
			April 2007 – Mai 2009	RE (Estonian Reform Party)
Lettland	LSDSP (Latvian Social Democratic Workers Party; 1990)	1.500	Febr. – Juli 1999	LC (Latvias Way)
Litauen	LSDP (Lithuanian Social Democratic Party; 1989)	18.000	Juli 2001 – Dez. 2004	LSDP Algirdas Brazauskas
			Dez. 2004 – April 2006	LSDP Algirdas Brazauskas
			April – Juli 2006	LSDP Algirdas Brazauskas
			Juli 2006 – Nov. 2008	LSDP Gediminas Kirkilas
Polen	SLD (Democratic Left Alliance; 1990)	73.000	Okt. 1993 – März 1995	PSL (Polish Peasant Party)
			März 1995 – Febr. 1996	SLD Josef Oleksy
			Febr. 1996 – Okt. 1997	SLD Wlodzimierz Cimoszewicz
			Okt. 2001 – Febr. 2003 (Koalition SLD-UP)	SLD Leszek Miller
			März 2003 – Mai 2004 (Koalition SLD-UP)	SLD Leszek Miller
			Mai 2004 – Okt. 2005 (Koalition SLD-UP)	IND (Independent) <sup>32</sup>
	UP (Union of Labour; 1992)	5.000	Okt. 2001 – Febr. 2003 (Koalition SLD-UP)	SLD Leszek Miller
			März 2003 – Mai 2004 (Koalition SLD-UP)	SLD Leszek Miller
			Mai 2004 – Okt. 2005 (Koalition SLD-UP)	IND (Independent)
Bulgarien <sup>33</sup>	BSP (Bulgarian Socialist Party; 1990)	210.000	Jan. 1995 – Febr. 1997	BSP Zhan Vasilev Videnov
			Aug. 2005 – Juli 2009	BSP Sergey Stanishev

30. Datum der (Wieder-)Gründung nach/im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des Ostblocks.

31. Independent = Ohne Parteizugehörigkeit.

32. Während Millers Regierungszeit verließen mehrere Abgeordnete die SLD-UP (Müller-Rommel u.a. 2008: 825).

33. Neben der BSP gilt formal eine weitere Partei als sozialdemokratisch: die PBSO (Bulgarian Social Democrats). Bisher ist es dieser jedoch nicht gelungen, als eigenständige Partei innerhalb des politisch-parlamentarischen Prozesses in Erscheinung zu treten. Seit 2001 gehört die Partei der politisch heterogenen, links eingestuften Koalition für Bulgarien (KB) an und schaffte mit diesem Bündnis den Einzug ins Parlament (de Nève/Olteanu 2009: 148).

Land	Parteiorganisation			
	Name und Gründungsdatum <sup>30</sup> (Rot = Reformkommunisten)	Mitglieder	Regierungs-Beteiligung von...bis...	Parteizugehörigkeit Minister- präsidentIn <sup>31</sup>
Rumänien	PSD (Social Democratic Party; 1989)	600.000	Nov. 1992 – Aug. 1994	IND (Independent)
			Aug. 1994 – Sept. 1996	IND (Independent)
			Sept. 1996 – Dez. 1996	IND (Independent)
			Dez. 1996 – März 1998	PNTCD (Christian Democratic National Peasants Party)
			März 1998 – April 1998	CDR (Democratic Convention of Romania)
			April 1998 – Dez. 1999	PNTCD (Christian Democratic National Peasants Party)
			Dez. 1999	CDR (Democratic Convention of Romania)
			Dez. 1999 – Dez. 2000	IND (Independent)
		Dez. 2000 – Dez. 2004	PSDR <sup>34</sup> Adrian Nastase	
Tschechien	CSSD (Czech Social Democratic; 1993)	20.000	Juli 1998 – Juli 2002	CSSD Milos Zeman
			Juli 2002 – Aug. 2004	CSSD Vladimir Spidla
			Aug. 2004 – April 2005	CSSD Stanislav Gross
			April 2005 – Sept. 2006	CSSD Jiri Paroubek
			Seit Mai 2009	IND (Independent)
Slowakei	SMER (Socialdemocracy; 1999 <sup>35</sup> )	15.263	Seit Juli 2006	SMER Robert Fico
Slowenien	SD (Social Demorats;1990)	15.000	Jan. 1993 – März 1994	LDS (Liberal Democratic Party)
			März 1994 – Febr. 1996	LDS (Liberal Democratic Party)
			Nov. 2000 – Dez. 2002	LDS (Liberal Democratic Party)
			Dez. 2002 – April 2004	LDS (Liberal Democratic Party)
			April – Dez. 2004	LDS (Liberal Democratic Party)
			Seit Sept. 2008	SD Borut Pahor
Ungarn <sup>36</sup>	MSZP (Hungarian Socialist Party; 1989)	35.000	Juli 1994 – Juli 1998	MSZP Gyula Horn
			Mai 2002 – Sept. 2004	MSZP Peter Medgyessy
			Sept. 2004 – Juni 2006	MSZP Ferenc Gyurcsany
			Juni 2006 – April 2008	MSZP Ferenc Gyurcsany
			April 2008 – April 2009	MSZP Ferenc Gyurcsany
			Seit April 2009	IND (Independent)

Quelle: PES<sup>37</sup>, SI<sup>38</sup>, Müller-Rommel u. a. 2008, Eigene Erhebungen.

34. Vorläuferorganisation der PSD.

35. Abspaltung aus einem Teil der SDL (Party of the Democratic Left).

36. Auch die MSZDP (Hungarian Social Democratic Party) ist international als sozialdemokratische Partei anerkannt. Gleichwohl spielt die Partei im parlamentarischen Wettbewerb keine eigenständige Rolle. Vielmehr haben sich MSZP und MSZDP auf eine enge Zusammenarbeit verständigt, die nicht zuletzt darin zum Ausdruck kommt, dass MSZDP-Vorsitzende der MSZP-Fraktion im ungarischen Parlament angehört (Vgl. Kaspali 2008).

37. PES member parties, unter: <http://www.pes.org/content/view/11/48/lang,en/>.

38. Full list of member parties and organisations, unter: <http://www.socialistinternational.org/viewArticle.cfm?ArticlePageID=931>.



Akteuren auf organisatorische Ressourcen aus kommunistischer Zeit bauen konnten, nach 1990 häufig wieder als einflussreiche politische Kräfte etablierten (Segert 2008: 55). Politischer Erfolg war den Reformkommunisten insbesondere dann beschieden, wenn die politische Öffnung umfassend und in Kontinuität vollzogen wurde. Mit Ausnahme von Tschechien konnten die neu gebildeten sozialdemokratischen Kräfte allenfalls randständige Bedeutung entfalten. Formal gelten diejenigen Parteien als sozialdemokratisch, die Mitglied der Sozialistischen Internationalen (SI) sind und die sich in die Strukturen der PES (Party of European Socialists) einreihen (Dauderstädt 2002).

Theoretisch verfügen sozialdemokratische Parteien in Mittel- und Osteuropa über ein hohes »natürliches« Anhängerpotential (Dauderstädt 2002). Denn der Transformationsschock löste einen wirtschaftlichen Einbruch aus, die Arbeitslosigkeit stieg und die Realeinkommen sanken, während Sozialleistungen gekürzt wurden. Armut und Bedürftigkeit breiteten sich aus und spalteten die Bevölkerungen in arm und reich, in Transformationsgewinner und Verlierer. Gleichwohl gelang es den sozialdemokratischen Parteien nicht, eine feste Bindung zur Gruppe der Transformationsverlierer aufzubauen (Dauderstädt 2002). Anstelle eines hohen Anteils an Arbeitnehmern, Geringverdienern und sozial Schwachen, sind in den sozialdemokratischen Parteien Osteuropas insbesondere Gruppen von Gebildeten und Besserverdienern vertreten (Agh 2005: 203 f.). Die mangelhafte Anbindung der sozialdemokratischen Parteien an Strukturen der Zivilgesellschaft<sup>39</sup> macht sich auf allen Ebenen der Partei bemerkbar und erschwert den Aufbau einer stabilen und autonomen Parteiorganisation.

Teilweise ist es den Parteien gelungen, junge Mitgliedergruppen anzusprechen. Gleichwohl haben es die jungen Neumitglieder bislang kaum in die Führungsspitze der Partei geschafft. Bis heute bilden mehrheitlich die Älteren, die oft seit 1990 oder sogar länger Parteiämter bekleiden, die Führung (Wiatr 2005: 239 f.). Häufig rekrutiert sich die Parteispitze über klientelistische Beziehungen (Wiatr 2005: 241). Formal besteht innerparteiliche Demokratie, in der Praxis werden politische Entscheidungen allerdings unter Ausschluss der Mitgliederbasis getroffen (Wiatr 2005: 241). Durch den Mitgliederangel

39. Für eine genaue Aufschlüsselung der Mitgliederzahlen siehe Anhang. – Bei der Betrachtung der Zahlen ist jedoch zu bedenken, dass die Angaben auf Selbstauskünften der Parteien beruhen.

ist die Parteiorganisation finanziell von staatlichen Zuwendungen abhängig (Wiatr 2005: 242).

## Gewerkschaften und Sozialdemokraten in MOE: Zwischen Ignoranz und schwachen Verbindungen

Die Untersuchung der Verbindung zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU basiert auf einer unmittelbaren Befragung der handelnden Akteure. In die Untersuchung einbezogen wurden diejenigen Verbände, die als national repräsentativ gelten.<sup>40</sup> Von den politischen Akteuren wurden die Parteien ausgewählt, die aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der europäischen PES und der SI international als sozialdemokratisch anerkannt sind.<sup>41</sup> Die Hauptfrage der Studie bezog sich auf das Verhältnis bzw. die Nähe zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien in den Ländern. Ziel war es, Interaktionsformen und Kooperationsmuster von Gewerkschaften und sozialdemokratischen Akteuren aufzuzeigen und bestehende Linkagestrukturen aufzuspüren.

Die Befragung der Akteure zeigt, dass offenbar in allen Ländern Verbindungen zwischen sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaftsverbänden bestehen. Diese sehen jedoch in der Alltagspraxis sehr unterschiedlich aus. In einigen Fällen lässt sich das Verhältnis als institutionalisierte, offizielle Partnerschaft begreifen, während andere Kooperationen nur selten, situations- und personenbezogen stattfinden.

40. Die Einordnung der Gewerkschaften in die Kategorie national repräsentativer Akteur basiert auf der Einschätzung von EIRO (European Industrial Relations Observatory: Industrial relations country profiles, unter: [http://www.eurofound.europa.eu/eiro/country\\_index.htm](http://www.eurofound.europa.eu/eiro/country_index.htm)), Kohl (2008), Kohl/Rode (2008) und Eurofound (2008): Industrial relations developments in Europe 2007, unter: <http://www.eurofound.europa.eu/docs/eiro/tn0803029s/tn0803029s.pdf> (Abgerufen am: 11.11.2009).

41. Für eine detaillierte Auflistung der untersuchten Verbände und Parteien siehe Anhang.

Übersicht: Kooperationsstrukturen Sozialdemokratie und Gewerkschaften

Land	(Rot: Reformierte Kräfte; Blau: Neu gebildete Organisationen)		Institutionalisierte Kooperation	Informelle Kooperation	Keine Kooperation	Kooperation zwischen Reformierten	Kooperation zwischen Transformationskräften	Kooperation zwischen Reformierten und Transformationskräften
	Gewerkschaft(en)	Partei(en)						
Estland	EAKL TALO	SDE		X		X		
Lettland	LBAS	LSDSP		X		X		
Litauen	LPSK LDF Solidarumas	LSDP	x			X		
Polen	OPZZ NSZZ FZZ	SLD UP		X		X	X	x
Bulgarien	CITUB Podkrepa	BSP		X		X		x
Rumänien	CNSLR Fratia Cartel Alfa CSDR Meridian BNS	PSD	X			X		
Tschechien	CMKOS	CSSD		x				x
Slowakei	KOZ SR	SMER	X					x
Slowenien	ZSSS	SD		x		X		
Ungarn	MSZOSZ MOSZ LIGA SZEK ESZT ASZSZ	MSZP		x		X		

Quelle: Eigene Erhebungen.

Die Interaktionen zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien verlaufen mehrheitlich auf informellen Wegen. Der Großteil der Akteure gibt an, dass Kooperationen temporär und unregelmäßig stattfinden. Häufig unterstützen die Gewerkschaften dabei bestimmte Forderungen der Partei oder in Wahlkampfzeiten auch einzelne Politiker. Darüberhinaus sind es in der Regel die reformkommunistischen Kräfte, die situationsgebunden kooperieren. Zusammenarbeit über Lagergrenzen hinweg findet selten statt. Oft stimmen die Angaben der Befragten nicht überein: während die bulgari-

sche BSP erklärt, dass sporadische Treffen zwischen Parteispitze und den Vorsitzenden beider großen Gewerkschaftsverbände stattfänden, geben sich beide Gewerkschaften betont apolitisch und bestreiten jedwede Art von Verbindung zur sozialdemokratischen Partei. Hintergrund der expliziten Distanzierung ist die Verstrickung von BSP Politikern und Ministern in Korruptionsaffären.<sup>42</sup>

42. So konnten dem Innenministerium Kontakte mit Kreisen der organisierten Kriminalität nachweisen. Infolge der Vorwürfe traten sowohl Ministerpräsident als auch Innenminister zurück. Es fanden dennoch keine



In drei Staaten bestehen – zumindest formal – institutionelle Verbindungen. In der Praxis allerdings finden jedoch weder regelmäßiger Austausch noch eine tatsächliche Abstimmung untereinander statt. In Litauen beispielsweise haben sich LPSK und LSDP formal vertraglich auf eine Kooperation verständigt. Dennoch scheint die Zusammenarbeit wenig effizient zu verlaufen; so beklagt der Gewerkschaftsverband LPSK den mangelnden Dialog bzw. aus Sicht der Gewerkschaften die fehlende Bereitschaft zur Einbeziehung des Verbands durch die Partei. Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaften erstrecken sich in inhaltlichen Fragen etwa auf die Höhe des Mindestlohns, aber auch auf personelle Aspekte. Offensichtlich besteht Uneinigkeit zwischen den Führungsspitzen von Partei und Gewerkschaft hinsichtlich einer tatsächlichen Zusammenarbeit in der Praxis.

In Rumänien unterhalten CNSLR Fratia und PSD eine lockere Kooperationsbeziehung. In einzelnen Arbeitsgruppen werden Gewerkschafter in die parlamentarische Arbeit der Partei einbezogen und kandidieren auf den Listen der Partei. Die Wahlkampfunterstützung für die PSD durch Fratia ist jedoch personenbezogen. Im Zuge des Kommunalwahlkampfes 2008 haben Partei und Gewerkschaft eine frühere Vereinbarung zu enger Kooperation erneuert (de Nève/Olteanu 2009: 156). In der Partei selbst wurde ein Gremium (»Forum für Sozialdialog«) gebildet, das die Zusammenarbeit zwischen Partei und Gewerkschaft u. a. in legislativen Fragen koordinieren soll. Externe Beobachter geben zu bedenken, dass trotz offizieller Vereinbarung von einem formellen, institutionalisierten Austausch bislang keine Rede sein könne. So habe die Existenz des Kooperationsabkommens keine Auswirkung auf die praktische Arbeit. Zwischen Gewerkschaften und Partei mangle es noch immer an gegenseitigem Vertrauen. Dennoch lassen sich offenbar positive Ansätze auf regionaler Ebene beobachten. Im Jahr 2006 hat die PSD auf Initiative des FES Regionalbüros eine Vortrags- und Diskussionsreihe zum Thema »Sozialdemokratischer Dialog« angeboten. In diesem Kontext sei zumindest regional ein erster inhaltlicher Austausch mit sozialen Vorfeldgruppen wie den Gewerkschaften eingeleitet worden.

In der Slowakei schien eine offizielle Verbindung zwischen Gewerkschaft und Partei bis vor Kurzem undenk-

bar. Im Vorfeld der Parlamentswahlen vom Juni 2006 haben SMER und KOZ SR jedoch ein Kooperationsabkommen unterzeichnet. Damit verpflichtet sich die Gewerkschaft, die inhaltlichen Forderungen und den Wahlkampf der Sozialdemokraten zu unterstützen. Im Gegenzug hat die Partei Gewerkschaftsforderungen in ihr politisches Programm integriert. Mit dem Abkommen hat KOZ SR eine exklusive Zusammenarbeit mit SMER besiegelt. Vorrangiger Nutznießer dieser Kooperation scheint die Partei zu sein, während für die Gewerkschaften Nachteile überwiegen. Einerseits hat sich der Dialog zwischen Sozialpartnern und Regierung verschlechtert, weil die Arbeitgeber das Abkommen missbilligen und sich daher im Rahmen des sozialen Dialogs weniger kooperativ zeigten (Ondruska/Spanik 2008). Darüber hinaus haben sich die Gewerkschaften quasi selbst zur kritiklosen und unhinterfragten Unterstützung der Sozialdemokraten verpflichtet. Sozialpolitische Erfolge werden der Regierung zugeschrieben. Dass diese Erfolge allerdings auf gewerkschaftliche Initiativen zurückzuführen sind, wird übersehen. Mit Unterzeichnung des Abkommens haben sich die Gewerkschaften ins politische Aus manövriert (Vgl. Ondruska/Spanik 2008).

Als Ergebnis der Befragung kann festgehalten werden, dass die alte unabdingbare Vernetzung von Partei und Gewerkschaft, die ein Stück kommunistische Normalität abbildete, nicht länger besteht. Dennoch ist eine gewisse Nähe insbesondere zwischen sozialdemokratischen Kräften und den Rechtsnachfolger der alten Staatsgewerkschaften unverkennbar. Beide teilen gemeinsame Ursprünge und Erfahrungen, ähnliche Mitgliederstrukturen und allgemeine, ideologische Bekenntnisse zu gesellschaftlicher Solidarität und dem Schutz von Arbeitnehmerrechten. Auf Funktionärebene bestehen Verbindungen, die häufig bereits in kommunistischer Zeit begründet wurden. Nicht selten wurden damals politische Bekann- oder auch Freundschaften geschlossen, die heute noch eine Basis für politische Koalitionen bilden können.

Nichtsdestotrotz sind die Verbindungen in der Regel schwach, wenig institutionalisiert und personengebunden. Über punktuelle, themenbezogene und informelle Konsultationen oder Verständigungen reicht die Zusammenarbeit kaum hinaus. Teilweise wurde ein Austausch in sozialpolitischen Fragen beschlossen; nicht selten beklagen aber die Gewerkschaften die offenbar mangelnde Bereitschaft oder auch Fähigkeit der Parteien, insbeson-

Neuwahlen statt, lediglich die Regierung wurde personell neu besetzt (Karasimeonov 2008: 6).

dere nach Übernahme der Regierungsverantwortung, sich an diese Absprache zu halten. Dazu kommt, dass die Akteure selbst nur sehr zurückhaltend über ihre Verbindungen untereinander Auskunft geben. Hintergrund der betonten Distanzierung ist das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber einer Verkoppelung von Gewerkschaft und Partei. Zu groß ist die Angst, dass die Reformkommunisten die Gewerkschaften instrumentalisieren und versuchen könnten, das gesamte politisch-gesellschaftliche Leben neuerlich zu kontrollieren. Stattdessen befürwortet die Mehrheit der Bevölkerung in MOE eine strikte Trennung von Zivilgesellschaft und politischem System.

## Fazit

Der vorliegende Beitrag knüpft an Debatten der Wohlfahrtsstaatsforschung in Mittel- und Osteuropa an. Anstelle einer Beschreibung der jeweiligen Sozialmodelle, die auf eine anschließende Typologisierung zielt, werden hier jedoch die Akteure in den Blick genommen. Da es in Westeuropa vor allem Sozialdemokraten und Gewerkschaften waren, die den Aufbau sozialer Wohlfahrtsstaaten entscheidend geprägt und vorangetrieben haben, wurden die Beziehungsmuster und Interaktionsformen von Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien untersucht und die Charakteristika der Akteure selbst vorgestellt.

Für beide Akteursgruppen fällt auf, dass noch immer zwischen Reformkommunisten und im Zuge der Transformation neu gebildeten Kräften unterschieden wird. Wenn auch mit abnehmender Bedeutung, so strukturiert der cleavage alt – neu bzw. Postkommunismus – Antikommunismus bis heute Gewerkschafts- und Parteienlandschaft der MOE Staaten. Lagerübergreifende Verständigung findet in Einzelfällen statt, gleichwohl bestehen weiterhin Antisymphathien, die weniger inhaltlich begründet sind und sich vielmehr aus tradierten, ideologisch behafteten Vorbehalten speisen. Sowohl Parteien als auch Gewerkschaften fehlen die Mitglieder. Die gewerkschaftlichen Organisationsgrade sinken kontinuierlich. Auch die Zunahme an Arbeitskonflikten ist vorrangig auf wirtschaftliche Veränderungen (Konjunktur) zurückzuführen und wird aller Voraussicht nach nur vorübergehend zu einer Stärkung der Verbände führen können. Die Gewerkschaftslandschaft ist in vielen Ländern hochgradig fragmentiert; zwischenverbandliche Zusammenarbeit verbietet sich nicht selten durch ideologische Differenzen

oder aber schlicht, weil die handelnden Personen »nicht miteinander können«. Inhaltliche Unterschiede folgen nicht zuletzt der Betriebszentrierung der Gewerkschaften. So konzentrieren die Verbände ihr Handeln und ihre Ressourcen auf die betriebliche Ebene. Die Folgen sind eine permanente Ressourcenschwäche der überbetrieblichen Ebenen, die sich finanziell, aber auch fachlich niederschlägt und die Unfähigkeit, sich auf gemeinsame, zentralverbandliche oder sektorale Ziele zu einigen, weil jede Einzelorganisation nur die Interessen ihrer Klientel im Blick hat.

Den Parteien fehlt es an festen Verbindungen zur Zivilgesellschaft. Ihre Konzentration richtet sich vorrangig darauf, Wahlen zu gewinnen. Oftmals werden daher im Vorfeld anstehender Wahlen bunte Koalitionsbündnisse geschmiedet, die teilweise nur eine Amtsperiode oder auch nur den Wahlkampf überleben. Demgegenüber mangelt es den Parteien an klar definierten politischen Zielen. Um Koalitionen in alle Richtungen zu ermöglichen, scheuen sich die Parteien konkrete Programme zu verabschieden. Folglich sind die Parteien inhaltlich schwer zu verorten; nicht allein deswegen ist die Wählervolatilität hoch. Nicht selten ist wie in Polen nahezu jede Parlamentswahl von der Auflösung, Neugründung oder Abspaltung einzelner Parteien begleitet. Erstaunlicherweise gelang es den Reformparteien vergleichsweise schnell, erneut auf der politisch-parlamentarischen Ebene Fuß zu fassen. Heute verfügen – mit Ausnahme der tschechischen CSSD, der einzig erfolgreichen, sozialdemokratischen Neugründung in MOE seit 1990 – alle sozialdemokratischen Parteien, die am parlamentarischen Wettbewerb teilnehmen, über reformkommunistische Wurzeln. In allen Ländern waren die Sozialdemokraten mindestens einmal an der Regierungsbildung beteiligt.

Die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien sind schwach ausgeprägt und von informellem Charakter. Austausch und Kooperationen finden unregelmäßig und in der Regel lokal oder regional begrenzt statt. Teilweise unterstützen die Gewerkschaften einzelne inhaltliche Forderungen der Partei oder aber die Wahlkämpfe einzelner Politiker. Wichtig ist dabei vor allem, dass sich die handelnden Personen kennen und einander vertrauen. »Echte« institutionalisierte Beziehungen lassen sich lediglich für den slowakischen Fall bestätigen. Allerdings scheinen hier die Gewerkschaften, die sich mit einem Kooperationsabkommen exklusiv an die SMER gebunden haben und sich damit jedweder ei-

genen Stimme oder Stellungnahme beraubt haben, die Verlierer der Interaktion zu sein.

Mit Bezug auf die Ausgangsfrage nach *dem* bzw. *den* osteuropäischen Wohlfahrtsstaat(en) zeigt der eingehende Blick auf die Akteure, dass weder Gewerkschaften noch sozialdemokratische Parteien in MOE in der Lage scheinen, den Aufbau sozialer Sicherungsmodelle entscheidend mitzugestalten. Dazu fehlt es seitens der Parteien nicht zuletzt an Bereitschaft, sich auf eindeutige politische Positionen festzulegen und seitens der Gewerkschaften an Ressourcen, um auf zentraler Ebene strategische Ziele zu definieren und zu verfolgen. Eine Bündelung der Kräfte im Sinne eines gemeinsamen Vorgehens findet mangels gegenseitigen Vertrauens nicht statt. Und da die Bevölkerung, motiviert durch frühere Erfahrungen, eine Instrumentalisierung der Gewerkschaften durch die Partei fürchtet und daher eine strikte Trennung von Politik und Zivilgesellschaft bevorzugt, fehlt es beiderseits an Koordinationsbereitschaft.

## Literatur

- Agh, Attila** (2005): Social Democratic Parties in East-Central Europe. The Party and Civil Society Relationship, in: De Waele, Jean-Michel (Hrsg.): Social Democracy in Europe, Bruxelles: Editions de l'Université de Bruxelles, 195–212.
- Busemeyer, Marius/Kellermann, Christian/Petring, Alexander/Stuchlik, Andrej** (2006): Politische Positionen zum Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell – eine Landkarte der Interessen, unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/04751.pdf>.
- Crook, Nick/Dausterstädt, Michael/Gerrits, André** (2002): Social Democracy in Central and Eastern Europe. Integration – Reconciliation – Stagnation, Amsterdam: Bevingdijng.
- Dausterstädt, Michael** (2002): Die Sozialdemokratie zwischen Triumph und Krise, Bonn: FES unter: <http://library.fes.de/fulltext7id/01367.htm>.
- Deppe, Rainer/Tartur, Melanie** (2002): Rekonstitution und Marginalisierung. Transformationsprozesse und Gewerkschaften in Polen und Ungarn, Frankfurt/Main: Campus.
- Gerrits, André W.M.** (2002): The Social Democratic Tradition of East Central Europe, East European Politics and Societies, 16/1, 54–108.
- Handl, Vladimír** (2002): Die Tschechische Kommunistische Partei: orthodoxes Fossil oder erfolgreiche neo-kommunistische Protestpartei?, unter: <http://library.fes.de/fulltext/id/01425.htm>.
- Hantke, Frank** (2007): Die Außenbeziehungen der deutschen Gewerkschaften in Mittel-, Ost- und Südeuropa. Ziele, Instrumente und Perspektiven, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn: bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei.
- Karasimeonov, Georgi** (Ed.) (2008): Barometer. Political Parties Development in Bulgaria, 8/2, Friedrich Ebert Foundation Office Bulgaria Reports.
- Kaspali, Gergely** (2008): Sozialdemokratische Partei MSZDP im Aufschwung, in: Budapest Zeitung, 18.02., unter: [http://www.budapester.hu/index.php?option=com\\_content&task=view&id=1647&Itemid=26](http://www.budapester.hu/index.php?option=com_content&task=view&id=1647&Itemid=26).
- Kohl, Heribert** (2008): Wo stehen die Gewerkschaften in Osteuropa heute? Eine Zwischenbilanz nach der EU-Erweiterung, unter: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/05362.pdf>.
- Kohl, Heribert/Rode, Clemens** (2008): Koalitionsfreiheit und Gewerkschaftsrechte in Osteuropa. Bestandsaufnahme und Entwicklungstrends im Vergleich mit Westeuropa, Unveröffentlichtes Manuskript.
- Krzywdzinski, Martin** (2009): Organisatorischer Wandel von Gewerkschaften in postkommunistischen Ländern: Der Fall Solidarnosc, in: Industrielle Beziehungen 16, 1, 25–45.
- Milutinov, Christine** (2006): Industrielle Beziehungen und Interessenvertretung in Osteuropa, Dissertation: München, Ludwig-Maximilians-Universität.
- Müller-Rommel, Ferdinand/Schultze, Henrike/Harfst, Philipp/Fettelschoß, Katja** (2008): Parteienregierungen in Mittel- und Osteuropa: Empirische Befunde im Ländervergleich 1990 bis 2008, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), 4, 810–831.
- de Nève, Dorothée/Olteanu, Tina** (2009): Die Linken in Bulgarien, in: Daiber, Birgit/Hildebrandt, Cornelia (Hrsg): Die Linke in Europa. Analysen linker Parteien und Parteiallianz. Aufsätze zur politischen Bildung, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, 155–160.
- Ondruska, Peter/Spanik, Vlado** (2008): Die Entwicklung der Gewerkschaften in der Slowakischen Republik 2008, unter: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/slowakei/06028.pdf>.
- Progressives Zentrum (PZ)** (2008): Die Zukunft des Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells. Auf dem Weg zur wirtschaftlichen und sozialen Integration – eine Studie über die sozio-ökonomische Entwicklung der neuen Mitgliedsländer in der EU. Die Beispiele Polen und Rumänien, Berlin: Das Progressive Zentrum.
- Rode, Clemens** (2008a): Gewerkschaften in Polen, in: Aktuelle Informationen aus Mitteleuropa, 19.02.2008, Friedrich-Ebert-Stiftung, Vertretung in Polen, 1–9.
- Rode, Clemens** (2008b): Die aktuelle Situation der Gewerkschaften in Polen, in: Polen-Analysen, Deutsches Polen Institut, 36, 01.07.2008, 2–6.
- Schroeder, Wolfgang** (2004): Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa: weder wilder Osten noch europäisches Sozialmodell, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Segert, Dieter** (2008): Parteiendemokratie in der Krise. Gründe und Grundlagen in Ostmitteleuropa, in: Osteuropa, 58/1, 49–61.
- Wannöffel, Manfred/Kramer, Julia** (2007): Industrielle Beziehungen in Südosteuropa und der Türkei, Bochum: Gemeinsame Arbeitsstelle Ruhr-Universität Bochum/IG Metall.
- Wiatr, Jerzy J.** (2005): The Organisational Structure of Social Democratic Parties in Eastern and Central Europe, in: De Waele, Jean-Michel (ed.): Social Democracy in Europe, Bruxelles: Editions de l'Université de Bruxelles, 237–246.





## Über die Autoren

**Prof. Dr. Wolfgang Schroeder** ist Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg. Zuvor war er Professor an der Universität Kassel mit dem Fachgebiet Politisches System der BRD und Innovation.

**Viktoria Kalass** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Kassel.

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Internationale Politikanalyse | Abteilung Internationaler Dialog  
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Dr. Gero Maaß, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248  
[www.fes.de/ipa](http://www.fes.de/ipa)

Bestellungen/Kontakt hier:  
[info.ipa@fes.de](mailto:info.ipa@fes.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.

**ISBN 978-3-86872-347-2**